

Afrika in der Schuldenfalle?

Das Blame Game der USA gegen China

Von Jonas Gerding

Das kleine Dschibuti verfolgt große Pläne: Zwei neue Flughäfen gehören zu den ambitionierten Infrastrukturprojekten des ostafrikanischen Landes. Dazu kommen ein neuer Seehafen und eine Ölverladestation. Aus eigener Kraft sind diese Projekte nicht zu meistern, sondern nur dank eines solventen Kreditgebers aus Fernost: der Volksrepublik China. Sie steuert die nötigen Summen vor allem über die staatliche China Exim Bank bei, etwa 1,4 Mrd. US-Dollar sollen es bereits jetzt sein.¹

Selbstverständlich ist dies kein altruistischer Akt. Will China ein Minusgeschäft vermeiden, wird es die Schulden langfristig wieder eintreiben müssen. Genau darauf basiert eine zuletzt immer häufiger formulierte Warnung: Afrikanische Länder wie Dschibuti seien dabei, in eine von China ganz bewusst aufgestellte Schuldenfalle zu tappen. Finanziell könnten sie sich daraus angesichts der enormen Summen womöglich niemals befreien – und hätten eines Tages keine andere Wahl, als mit der Übergabe wichtiger Infrastrukturen an China der Pleite zu entgehen.

Maßgeblich geprägt wurde dieses Narrativ von Brahma Chellaney, einem indischen Autor und Professor für Strategic Studies in Neu-Delhi. Er wirft China vor, sich Einfluss in geostrategisch entscheidenden Entwicklungsländern zu erschleichen. Dazu würden dort mit üppigen Krediten prestigeträchtige Infrastrukturprojekte gefördert, die sich die Länder gar nicht leisten könnten: „Staaten, die unter der Last der Schulden erdrückt werden, dienen in ihrer finanziellen Not den neokolonialen Plänen Chinas“, schreibt Chellaney. Bewusst zahlungsunfähig gemachte Staaten würden dann von China unter Druck gesetzt werden, sich beispielsweise in internationalen Konflikten auf dessen Seite zu schlagen.²

Zuspruch erhält Chellaney vor allem aus den USA. Bereits im Dezember 2018 griff der damalige Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, John Bolton, das Argument auf und verurteilte Chinas Politik gegenüber Afrika als „räuberische“ Aktivitäten: „China nutzt Schmiergelder, dubiose Vereinbarungen und den strategischen Einsatz von Schulden, um afrikani-

1 Vgl. John Hurley, Scott Morris und Gailyn Portelance, Examining the Debt Implications of the Belt and Road Initiative from a Policy Perspective, in: Center for Global Development, CGD Policy Paper, Washington 2018, S. 16f.

2 Vgl. Brahma Chellaney, China's Debt Trap Diplomacy, www.project-syndicate.org, 23.1.2017.

sche Staaten gefangen zu halten gegenüber Pekings Wünschen und Forderungen.“³

Droht Afrika also wirklich eine Schuldenkrise, die absichtlich von China konstruiert wurde, um geopolitische Ambitionen durchzusetzen? Tatsächlich ist die Verschuldung auf dem afrikanischen Kontinent in den vergangenen Jahren gestiegen. Doch ist China dabei meist nur ein Kreditgeber unter vielen. Wer wie die USA allein China die Verantwortung für wachsende Verbindlichkeiten zuschiebt, setzt sich daher dem Verdacht aus, nicht als Fürsprecher Afrikas zu handeln, sondern ganz gezielt eine eigene politische Agenda zu verfolgen. Im Falle der USA ist es der offensichtliche Versuch, Chinas wachsenden Einfluss auf und in Afrika zu kontern. Deshalb zeigt die Debatte über die Schuldenfalle auch eine weitere Facette des Machtkampfes zwischen den beiden rivalisierenden Supermächten.

Afrikas neue Schulden

Dass Peking großzügige Kredite an afrikanische Länder vergibt, ist zentraler Bestandteil der *Belt and Road Initiative*, der Wiederauflage der historischen Seidenstraße⁴ – „ein Plan [...] mit dem Endziel, Chinas globale Dominanz voranzutreiben“, wie Bolton wettet. Neben dem Landweg über Zentralasien möchte Präsident Xi Jinping auch eine Seeroute von China nach Europa etablieren, die über Südostasien zur ostafrikanischen Küste und durch den Suez-Kanal führt. Dafür werden nicht nur Häfen ausgebaut, sondern auch auf dem Festland teure Projekte finanziert. Über neue Straßen und Eisenbahnlinien sollen auch die Märkte im Inneren des afrikanischen Kontinents an die neue Seidenstraße angeschlossen werden.

Um den Infrastrukturboom zu finanzieren, nehmen die afrikanischen Länder erhebliche Schulden auf. Den Staats- und Regierungsvertretern aus Afrika, die im September 2018 zum siebten Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC) nach Peking gereist waren, versprach Präsident Xi Jinping 60 Mrd. US-Dollar, verteilt über die drei folgenden Jahre. 20 Mrd. Dollar sollen allein an Krediten fließen, weitere 15 Mrd. an Subventionen sowie zinslosen und vergünstigten Darlehen. Darüber hinaus sollen ein Entwicklungsfonds in Höhe von 10 Mrd. Dollar gegründet werden sowie 5 Mrd. für die Unterstützung von afrikanischen Importen nach China und 10 Mrd. für private Investments fließen.⁵

Diese Zusagen kommen den beteiligten afrikanischen Staaten sehr gelegen, fällt es ihnen doch oft schwer, an ausländische Gelder zu gelangen. Auch daraus erklärt sich das enorme Defizit für Infrastrukturausgaben auf

3 John Bolton, Remarks by National Security Advisor Ambassador John R. Bolton on the The [sic] Trump Administration's New Africa Strategy, National Security Council, www.whitehouse.gov, 13.12.2018.

4 Vgl. Uwe Hoering, Auf dem Weg zum Wirtschaftsimperium: Chinas neue Seidenstraße, in: „Blätter“, 10/2017, S. 91-100.

5 Vgl. Xi Jinping, Full text of Chinese President Xi Jinping's speech at opening ceremony of 2018 FOCAC Beijing Summit, www.xinhuanet.com, 3.9.2018.

dem Kontinent, das auf 130 bis 170 Mrd. Dollar jährlich geschätzt wird. Doch wie viele Schulden vertragen die afrikanischen Länder?⁶

Hier beginnen die Schwierigkeiten: Es lässt sich keine eindeutige Grenze ziehen, ab der geliehenes Kapital zu einem untragbaren Risiko wird. Allerdings gibt es dafür einige Indikatoren, der wichtigste darunter ist das Ausmaß der Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Je größer dieses Ausmaß ist, desto schwerer fällt es einem Land, die Tilgung zu erwirtschaften. Entwicklungsländer haben es dabei schwerer als Industrieländer, deren Volkswirtschaften in der Regel breiter aufgestellt sind und weniger sensibel auf Konjunkturschocks reagieren. Sie riskierten daher bereits bei einer Schuldenquote von 40 Prozent eine ernsthafte Schuldenkrise.

Insgesamt ist der Trend in Afrika also durchaus besorgniserregend: Zwischen 2012 und 2017 stieg die Schuldenquote in Subsahara-Afrika von 31 auf 53 Prozent. Ein Drittel der Länder riskieren eine kritische Schuldenlage oder sind bereits damit konfrontiert.⁷ Noch sind es jedoch vor allem wirtschaftlich weniger bedeutsame Länder wie Mosambik, Gambia und die Republik Kongo, die alarmierende Quoten von fast 100 Prozent und mehr aufweisen. Unter den Ländern mit Quoten über 60 Prozent sind hingegen auch größere Volkswirtschaften wie Angola und Kenia.

Chinesischer Neokolonialismus?

Dafür ist jedoch längst nicht allein China verantwortlich. Vielmehr gehören zu den Kreditgebern afrikanischer Länder die ehemaligen Kolonialmächte Europas, die USA, internationale Institutionen wie die Weltbank – und zunehmend auch die Golfstaaten. Auch der Schuldenanteil gegenüber privaten Investoren aus aller Welt stieg: zwischen den Jahren 2010 und 2017 von 9 auf 17 Prozent.⁸ In Mosambik beispielsweise gehen nur etwa ein Fünftel der Kredite auf das Konto Chinas. Es sind nur sehr wenige Länder wie Sambia und Dschibuti, in denen die Volksrepublik mit einem Anteil von 74 und 77 Prozent der größte Gläubiger ist.⁹ Wer da alleine mit dem Finger auf China zeigt, tut dies – wie die USA – aus taktischen Gründen und nicht aus ernstem Interesse an der Solvenz afrikanischer Staaten.

Gegen den Vorwurf, China würde absichtlich Schuldenfallen aufbauen, um Länder erst in die Bredouille zu manövrieren – und ihnen schließlich einen krummen Deal zu unterbreiten –, spricht auch die Nachsicht Pekings gegenüber aktuellen Schuldnern sowie seine zunehmende Vorsicht gegenüber potentiellen neuen. Präsident Xi Jinping selbst scheinen die hohen Schulden eher Sorge zu bereiten. Beim FOCAC-Gipfel 2018 sprach er zumin-

6 Vgl. u. a. Brahim S. Coulibaly, Dhruv Gandhi und Lemma W. Senbet, Is sub-Saharan Africa facing another systemic sovereign debt crisis?, The Africa Growth Initiative at Brookings Institute, Policy Brief, April 2019, S. 7.

7 Vgl. ebd., S. 2.

8 Vgl. ebd., S. 10.

9 Vgl. Janet Eom, Deborah Brautigam und Lina Benabdallah, The Path Ahead: The 7th Forum on China-Africa Cooperation, in: Johns Hopkins University China-Africa Research Initiative at the School of Advanced International Studies, Briefing Paper No. 1, Washington 2018, S. 2f.

dest das Problem offen an und richtete ein Versprechen an die am wenigsten entwickelten und hoch verschuldeten Staaten Afrikas: Sie würden davon befreit, die zinslosen Darlehen unverzüglich zu begleichen, die bis Ende 2018 fällig gewesen wären.¹⁰ Dem Gipfelteilnehmer Äthiopien wurden gar weitere 20 Jahre gewährt, um Schulden an China zu tilgen, darunter auch Teile eines Megadarlehens über vier Mrd. Dollar für den Bau der prestigeträchtigen Eisenbahnlinie zwischen der Hauptstadt Addis Abeba und dem Nachbarland Dschibuti. Und als sich Mosambik im Jahr 2017 zahlungsunfähig erklärte, erließ China Schulden in Höhe von 36 Mio. Dollar sogar komplett. Gleichzeitig scheint China seine Lehren aus der freigiebigen Vergabep Praxis der vergangenen Jahre gezogen zu haben: Künftige Kredite an afrikanische Länder sind inzwischen häufiger an Auflagen geknüpft und somit weniger attraktiv für finanzschwache Staaten.¹¹

Keine Frage, Peking verfolgt Interessen in Afrika, darunter die Sicherung von Handelsrouten, Absatzmärkten und Rohstoffen. Doch darin unterscheidet sich China nicht wesentlich von den USA. Wenn überhaupt, dann gilt der Vorwurf des Neokolonialismus also für beide Staaten. Zudem ist strittig, ob ausgerechnet Chinas Kreditvergabe an afrikanische Staaten ein starkes Argument für diesen Vorwurf ist: Manches spricht dafür, China eher als einen etwas überschwänglichen Kreditgeber zu bewerten, der selbst erst einmal lernen muss, wie er mit den Zahlungsschwierigkeiten seiner Schuldner umgeht. Denn im Vergleich zu anderen Weltmächten hat China bisher tatsächlich wenig Erfahrung darin, Schulden auch wieder geordnet einzufordern.

Afrikanische Ökonom*innen wie die Kenianerin Anzette Were wehren sich zudem gegen eine paternalistische Haltung, die in der Anschuldigung der „Schuldenfallen-Diplomatie“ mitschwingt: „Zu argumentieren, dass China ahnungslosen afrikanischen Regierungen Schulden aufzwingt, ignoriert, dass sich afrikanische Staaten der Risiken der Schuldforderungen bewusst sind. Das Argument, dass China afrikanische Regierungen manipuliere, vermittelt eine kindliche Ahnungslosigkeit der afrikanischen Regierungen.“¹²

Handelspolitik als Geopolitik

Auch wenn die Schuldenproblematik also nicht der wichtigste Hebel chinesischer Einflussnahme ist, geht es dem Land der Mitte neben (und mit) der Handelspolitik nicht zuletzt um Geopolitik – und genau deshalb reagieren die USA auch so heftig auf die chinesischen Ambitionen.

In dieser Auseinandersetzung spielt die Seidenstraßeninitiative eine zentrale Rolle. Sie ist weitaus mehr als „nur“ ein globales Infrastrukturprogramm entlang von Handelsrouten. Es geht China im Kern darum, seine ökonomischen und politischen Einflussphären zu erweitern. Auf dem ver-

¹⁰ Vgl. Xi Jinping a.a.O.

¹¹ Vgl. Chris Alden und Lu Jiang, *Brave new world: debt, industrialization and security in China-Africa relations*, in: „International Affairs“, 3/2019, S. 644-646.

¹² Anzette Were, *Debt Trap? Chinese Loans and Africa's Development Options*, in: *South African Institute of International Affairs, Policy Insights 66*, Johannesburg August 2018.

gangenen FOCAC-Gipfel präsentierte Xi Jinping denn auch ein ganzes Bündel an Maßnahmen: Neben den Milliarden für Straßen, Häfen, Energie und IT-Infrastruktur sollen Fachkräfte gefördert sowie Kooperationen zwischen Forschungsinstituten und ökologischen Initiativen aufgebaut werden.¹³

Gleichzeitig will China Sonderwirtschaftszonen errichten, um die Industrialisierung des afrikanischen Kontinents voranzutreiben. Konkurrenz für die heimische Industrie braucht China dadurch nicht zu fürchten. Im Gegenteil: Die Investitionen knüpfen an Chinas Industriestrategie an, die zunehmend auf die Verarbeitung von High-End-Produkten setzt. Die Seidenstraßeninitiative dient einer „natürlichen Verlängerung“ der Produktion. Umgekehrt könnten rohstoffreiche afrikanische Länder wie Mosambik, Angola und Sambia von größerer Wertschöpfung einer weiterentwickelten Schwerindustrie profitieren, da dies zu erhöhter Nachfrage nach ihren Ressourcen führen würde, Billiglohnländer wie Äthiopien und Kenia hingegen von der Auslagerung simpler Produktionszweige Chinas, darunter beispielsweise der Textilbranche.¹⁴ China umgeht dabei westlich geprägte Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank, die von den USA maßgeblich mitgestaltet wurden. An ihrer Stelle will China mit der Asian Infrastructure Investment Bank, der New Development Bank und dem Silk Road Fund alternative Finanzstrukturen etablieren.

Auf diese Weise präsentiert Xi Jinping die Volksrepublik als globalen Player, der sich aktiv in die Gestaltung der neuen Weltordnung einbringt: „Hegemonie und Machtpolitik gibt es weiterhin, Protektionismus und Unilateralismus nehmen zu, Kriege, Terror, Hungersnöte und Pandemien plagen uns weiterhin, Sicherheitsrisiken, sowohl traditionelle als auch nicht-traditionelle bleiben so komplex und verwoben wie eh und je“, sagt der chinesische Präsident auf dem FOCAC-Gipfel den afrikanischen Gastländern, um sich als ihr neuer, starker Partner zu präsentieren.¹⁵

Die Abstiegsangst der USA

Hinter der Debatte über die Verschuldung afrikanischer Staaten gegenüber China verbirgt sich daher etwas anderes: der massive Bedeutungsverlust der USA in einer sich wandelnden Weltordnung. Dieser wird in Afrika bereits deutlich sichtbar. Denn mit China handelte der Kontinent 2018 Im- und Exporte in Höhe von 204 Mrd. Dollar – dreimal mehr als mit den USA.¹⁶

Früher war das völlig anders: In den 1980er Jahren steckten afrikanische Staaten schon einmal in einer Schuldenkrise, die allerdings weitaus dramatischer war. Zwischen 1970 und 1987 stieg das Verhältnis der Auslandsschulden gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt der afrikanischen Länder

¹³ Vgl. Xi Jinping a.a.O.

¹⁴ Vgl. Alden/Jiang, a.a.O., S. 649.

¹⁵ Vgl. Xi Jinping ebd.

¹⁶ Vgl. Chinese Ministry of Commerce, Statistics on China-Africa Trade in 2018, www.english.mofcom.gov.cn, 29.1.2019; United States Census Bureau, Trade in Goods with Africa, www.census.gov, 2.8.2019.

von 16 auf 70 Prozent.¹⁷ Damals jedoch waren die USA maßgeblich an einer umstrittenen Lösung beteiligt, die Washingtons Interessen dienen sollte. Den zahlungsunfähigen Staaten wurden reihenweise sogenannte Struktur-anpassungsprogramme verschrieben: Damit sie ihre alten Kredite zurückzahlen konnten, wurden die Konditionen verbessert oder ihnen neue Kredite in Aussicht gestellt – allerdings nur unter der Bedingung, dass sie sich den strikt neoliberalen Reformen des Internationalen Währungsfonds unterzogen. Das beinhaltete einen strengen Sparkurs mit niedrigen Staatsausgaben, die Privatisierung von staatlichen Firmen und Marktliberalisierungen durch die Senkungen von Handelshemmnissen gegenüber dem Ausland. Vielerorts führten die massiven Kürzungen der staatlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Rente zu erheblichen sozialen Verwerfungen.¹⁸ Bis heute sind die afrikanischen Staaten gebrannte Kinder der 1980er Jahre – auch deshalb holen sie sich ihre Kredite heute oft lieber von China als vom Westen.

Doch es ist insbesondere Pekings neuer Schwerpunkt auf der Sicherheitspolitik, der in Washington zu gesteigerter Nervosität führt. Denn China beteiligt sich heute nicht nur verstärkt an multilateralen Einsätzen wie den UN-Missionen in Mali und dem Sudan, sondern forciert eine eigenständige Militärpräsenz auf dem afrikanischen Kontinent. Seine erste permanente Militärbasis in Übersee hat das Land ausgerechnet im kleinen Dschibuti an der Ostküste Afrikas errichtet. Spätestens hier wird deutlich, dass es vor allem um das eigene geopolitische Interesse geht, wenn die USA vor der neuen afrikanischen Schuldenkrise warnen. Die chinesische Militärbasis befindet sich nämlich nur ein paar Meilen vom US-amerikanischen Camp Lemonnier entfernt, von wo aus Washington seine Anti-Terror-Operationen in Ostafrika koordiniert.

Konfrontation statt Kooperation

Für die USA ist das ein Affront. Das machte John Bolton schon im Dezember 2018 deutlich, als er in Washington Prosper Africa skizzierte, ein Wirtschaftsprogramm, das als Antwort auf Chinas hegemoniale Bestrebungen zu deuten ist. Er warf China vor, US-Piloten mit Lasern irritiert zu haben, und warnte davor, dass das hochverschuldete Dschibuti schon bald den strategisch wichtigen Doraleh-Containerhafen an chinesische Firmen übergeben könnte, sobald die Schuldenfalle zuklappen würde: „Sollte dies eintreten, würde sich das Machtgleichgewicht am Horn von Afrika – an der Hauptverkehrsader des Seehandels zwischen Europa, dem Nahen Osten und Süd-asien – zugunsten Chinas verschieben. Unser US-Militärpersonal im Camp Lemonnier wäre mit weiteren Herausforderungen konfrontiert bei ihren Bemühungen, das amerikanische Volk zu schützen.“¹⁹

17 Vgl. Joshua E. Greene and Mohsin S. Khan, *The Africa Debt Crisis*, Africa Economic Research Consortium, Special Paper 3, Februar 1990, S. 3.

18 Vgl. Joseph E. Stiglitz, *Globalisation and its Discontents*, New York 2003.

19 Vgl. Bolton ebd.

Angesichts der von Bolton gezeichneten Bedrohungslage fällt das fertige Prosper-Africa-Programm jedoch ausgesprochen halbherzig aus, das Karen Dunn Kelly, die stellvertretende US-Handelsministerin, im Juni 2019 im mosambikanischen Maputo vorstellte: Ein konkretes Budget für Kredite ist nicht vorgesehen. Prosper Africa ist vielmehr als eine Art Plattform konzipiert, über die Handels- und Investitionsbemühungen koordiniert werden. Damit sollen vor allem US-Privatunternehmen an das nötige Wissen und an Kontakte kommen, um die Chancen auf den afrikanischen Märkten besser einschätzen und zielorientiert investieren zu können.²⁰ Dergleichen ist zur Orientierung und Koordination sicherlich wichtig, doch den großen Gegenentwurf zur chinesischen Seidenstraßeninitiative bildet es nicht.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich Trump dem großen Rivalen China ganz alleine stellen will. Schließlich hat der US-Präsident dem Multilateralismus abgeschworen und etablierten Institutionen wie der Weltbank und dem IWF den Rücken gekehrt, die über Jahrzehnte als Stütze der US-Hegemonie dienten.

Europäische Einhegung

Europa hadert angesichts dessen damit, seine eigene Rolle zu finden. Bisher galt die Devise, China institutionell einzuhegen. Die Alleingänge der USA und der wachsende Einfluss Chinas machen es jedoch schwerer, die Volksrepublik beispielsweise an den Pariser Club zu binden. Zum ersten Mal kamen dessen Mitglieder 1956 zusammen, als Argentinien in einer Schuldenkrise steckte. Das internationale Gremium vermittelt seitdem in Kooperation mit dem IWF zwischen staatlichen Gläubigern und in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Schuldnerländern. Und dessen Kompetenzen könnten schon bald gefragt sein: Denn auch wenn China den afrikanischen Kontinent nicht vorsätzlich in eine Schuldenfalle locken will, könnten sich trotzdem einzelne Länder übernehmen – insbesondere jene, die sich mit Krediten bei verschiedenen Gläubigern ausstatten. Mehr denn je bedarf es daher der internationalen Kooperation, um afrikanischen Staaten die Verwerfungen vergangener Schuldenkrisen zu ersparen.

China ist jedoch bis heute kein Mitglied des Gremiums, zu dem 22 – meist wirtschaftlich starke – Länder gehören, darunter auch Deutschland und die USA. Bislang ist die Volksrepublik lediglich als Ad-hoc-Teilnehmer in Erscheinung getreten – und unterliegt somit nicht den weitreichenden Pflichten der Institution. Zu diesen gehört auch das Teilen von Informationen bei der monatlichen „Tour d’Horizon“: Auf dem eintägigen Treffen tauschen sich die Vertreter der Mitgliedstaaten über aktuelle Schuldenstände und drohende Risiken aus, um im Ernstfall rechtzeitig eingreifen zu können. China hingegen betreibt bis heute eine restriktive Informationspolitik und lässt den

20 Vgl. Karen Dunn Kelley, Remarks by Deputy Secretary Karen Dunn Kelley at the Corporate Council on Africa’s U.S.-Africa Business Summit in Maputo, Mozambique U.S. Department of Commerce, www.commerce.gov, 19.6.2019.

Rest der Welt über die genaue Verschuldung von Ländern wie der Republik Kongo im Unklaren. Das ist gefährlich und könnte nur unterbunden werden, wenn China dem Club beiträte. Mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten gehören der EU an, die als institutioneller Beobachter mit am Tisch sitzt. Europa müsste daher von seinem Einfluss Gebrauch machen und versuchen, China an das Gremium zu binden und langfristig eine Mitgliedschaft anzustreben. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht: Grundsätzlich scheint China sich immerhin durchaus Vorteile von der Mitgliedschaft in multilateralen Institutionen zu versprechen – etwa Legitimität.²¹

Eines ist sicher: Deutschland alleine ist machtlos angesichts eines hegemonialen Konflikts zwischen China und den USA. Mehr noch als die immer neuen, sich teils überlappenden deutschen Programme wie der Marshallplan mit Afrika und der jüngst vorgestellte AfricaConnect bräuchte es deswegen kohärente und finanziell gut ausgestattete Ansätze auf europäischer Ebene, um mit den Milliardeninvestitionen aus Fernost mitzuhalten.

Es wäre dabei auch im europäischen Eigeninteresse, dem Nachbarkontinent finanziell unter die Arme zu greifen. Und das kann auch gelingen, ohne dabei einzelne Länder in Schuldenkrisen zu stürzen. In mancherlei Hinsicht hätte Europa dabei China sogar etwas voraus. Denn schon heute verfügt die EU über ein Regelwerk, das das Verhältnis mit den AKP-Ländern – also der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten – definiert: das Cotonou-Abkommen, benannt nach dem Ort der Unterzeichnung im westafrikanischen Benin im Jahr 2000. So berechtigt die Kritik an den im Cotonou-Abkommen verankerten Freihandelsabkommen ist, es enthält dennoch vieles, was für eine faire Zusammenarbeit gebraucht wird. So postuliert das Abkommen die Einbeziehung der lokalen Zivilgesellschaft als Leitlinie aller Aktivitäten. Außerdem fordert es, kritische Stimmen anzuhören und Alternativen zu diskutieren, bevor Schulden in Millionenhöhe aufgenommen werden, um gigantische Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Auch wenn die EU mit der Einforderung von Standards in Sachen Menschenrechte und Demokratie nicht immer Erfolg hat, so ist dieser Ansatz doch zentral, um zu verhindern, dass eine lokale politische Elite Projekte auf den Weg bringt, die an den Interessen der Bevölkerung vorbeigehen – oder ihr gar schaden.

Schon im Mai läuft der Vertrag aus. Momentan bietet sich also die Chance, in Neuverhandlungen neue Schwerpunkte zu legen. So könnte die EU zukünftig Investitionen stärker in den Mittelpunkt rücken. Würden diese tragfähig gestaltet und sich streng an den Vorgaben des Pariser Clubs orientieren, wäre das Risiko für Überschuldungen gering. Mit solch einem neuen Abkommen würde die EU einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gehen und sich als Vermittler und Partner zugleich anbieten.

Denn eines muss sich Europa bewusst machen: Es liegt auch in seiner Verantwortung zu verhindern, dass sich die Schuldenkrisen des vergangenen Jahrhunderts wiederholen – oder gar ein neuer Kalter Krieg auf dem afrikanischen Kontinent ausgetragen wird.

21 Vgl. Hurley et al. 2018, a.a.O., S. 22